

HAVEL BRANDUNG

2/2017

Die linke Zeitung
für Brandenburg an der Havel

**Die Linke flucht, lacht
und kämpft! Seite 2**

**LGBTIQ*-Conference
Seite 5**

**Alternative Fakten?
Seite 6**

Heute die Weichen stellen – für eine Zukunft, die sozial und gerecht ist. Für alle!

Wir leben in einer besonderen Zeit, die als Industrielle oder Digitale Revolution beschrieben wird. Der Begriff „Revolution“ ist kein bisschen übertrieben, denn alles wird sich verändern. Zwei Drittel der heutigen Grundschüler werden in Berufen arbeiten, die wir noch nicht kennen. Die Veränderungen werden schnell passieren, weshalb wir zügig die Weichen dafür stellen müssen, dass die großartigen Potenziale der Digitalisierung dem Gemeinwohl dienen. Wenn sich Arbeitsplätze durch Automatisierung verändern oder wegfallen, brauchen wir ein Recht auf lebenslange Weiterbildung, aber auch ganz neue Wege, um den durch Roboter und Software geschaffenen Reichtum umzuverteilen.

wir kluge politische Rahmenbedingungen schaffen.

Die größte Herausforderung wird dabei die Umverteilung von Reichtum zum Wohle aller sein. Aber nur so lässt sich die Würde des Menschen auch in

Deutschland Erfahrungen damit in einem Pilotprojekt sammeln. Den Kopf in den Sand zu stecken und vor der „Arbeit 4.0“ die Augen zu verschließen, hilft niemandem.

Ich sehe die guten Potenziale



Foto: DIE LINKE

Künftig wird ein großer Teil der Wertschöpfung vermutlich nicht mehr über Löhne verteilt werden. Es wird aber auch bei weniger Arbeit mehr Reichtum als heute geben. Wir haben die Chance auf mehr freie Lebenszeit bei gleichzeitig mehr Wohlstand – aber nur, wenn

Anke Domscheit-Berg, Kandidatin der LINKEN für den Deutschen Bundestag einer Gesellschaft wahren, in der es nicht mehr für jeden eine bezahlte Vollzeitertätigkeit gibt. Langfristig muss man auch über soziale Revolutionen wie das bedingungslose Grundeinkommen ohne Scheuklappen reden und wie in Finnland auch in

der digitalen Revolution und will dafür kämpfen, dass wir alle etwas davon haben. Kurzfristig brauchen wir eine Kindergrundsicherung und eine Mindestrente, denn niemand sollte in einem reichen Land arm sein müssen, aber ganz besonders keine Kinder und

älteren Menschen. Höhere Vermögens- und Unternehmenssteuern sollten in die Zukunft investiert werden. Dazu gehört eine flächendeckende Glasfaserinfrastruktur, denn nur Glasfaser taugt als Lebensader der digitalen Gesellschaft. Nicht nur Unternehmen, auch Bauernhöfe, Schulen oder Behörden brauchen schnelles Internet, um gut zu funktionieren. Für viele Menschen bedeutet ein schnelles Internet mehr Lebensqualität in der Freizeit oder mehr Freizeit, weil es oft die Voraussetzung dafür ist, auch einmal zuhause zu arbeiten und weniger pendeln zu müssen. Im Alter kann man länger in den eigenen vier Wänden leben, weil medizinische Dienste jederzeit erreichbar sind. Auch autonome Fahrzeuge wird es nur mit schnellem Internet geben. Im öffentlichen Nahverkehr können diese Fahrzeuge gerade auf dem Land günstige Verbindungen von Tür zu Tür bieten – ohne Haltestellen und Fahrpläne, rund um die Uhr, einfach nach Bedarf.

Fortsetzung Seite 4

Wider die Herrschaft der Finanz- märkte

500 Jahre nach Luthers Thesen legen Linke, darunter Michael und André Brie sowie Gregor Gysi, „95 Thesen zur Rettung der Demokratie“ vor – hier drucken wir fünf davon ab:

52 Das Finanzsystem ist der Realwirtschaft und Gesellschaft unterzuordnen.
79 Gefördert werden müssen eine solidarische Wirtschaft und ein solidarisches Leben auf der Basis von projektbezogenen Grundeinkommensformen und solidarischer Finanzierung.
85 Der deutsche Exportüberschuss, der für viele andere europäische Staaten und die europäische Integration zerstörerisch ist, kann durch stärkere Binneninvestitionen umgelenkt und mit einem solidarischen Ausgleich in der EU verbunden werden.
89 Der weitere Aufstieg der populistischen Rechten kann nur durch eine andere Wirtschafts-, Sozial- und Friedenspolitik gestoppt werden.
93 Es geht um nicht weniger als um die Vormacht von Demokratie und Menschenrechten, die Unantastbarkeit der Würde jedes Menschen durch solidarisches Handeln, auch gegen die Finanzmärkte.

(zitiert aus „Freitag“ vom 20.04.2017)

Kita-Tour 2017 der linken Landtagsabgeordneten

Die frühkindliche Bildung ist eines der zentralen Politikfelder für DIE LINKE. Bereits in den vergangenen Jahren besuchten Abgeordnete unserer Landtagsfraktion Kitas im Land, um vor Ort den Alltag zu erleben. In dem Foto von

2014 assistiert Dr. Andreas Bernig (MdL) dem Nachwuchs beim Zähneputzen. In diesem Jahr findet die Tour vom 10.7. bis zum 15.7. statt.

Redaktion Havelbrandung
Foto: Werner Müller



Die Linke flucht, lacht und kämpft! Rückblick und Ausblick anlässlich des Bundesparteitags

Vor wenigen Tagen ging der Bundesparteitag der Partei DIE LINKE in Hannover zu Ende. Drei ereignisreiche Tage wurden gebraucht, um ein Bundestagswahlprogramm zu verabschieden und eine Verständigung zur Wahlkampfstrategie zu vollziehen. Beide Aufgaben wurden erfolgreich gemeistert und so konnte wenige Tage später, am 16. Juni 2017, der 10. Geburtstag der Partei entspannt gefeiert werden. Wie der Parteitag hatten es diese zehn Jahre in sich. Schon die Geburt war widersprüchlich und alles andere als reibungslos. In den Quellparteien ging es oft drunter und drüber. Sowohl in der PDS als auch der WASG musste vieles in Frage gestellt, mussten Kompromisse gefunden und Widerstände überwunden werden. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Lothar Bisky schafften das schier Unmögliche. Die Gründung der Linken wird immer ihr historisches Verdienst bleiben. Aber das Wachstum bei den

Wahlen 2005 und 2009 in Bund und Ländern überholte den Parteibildungsprozess. Kompromisse brachen wieder auf, innerparteiliche Widersprüche entfalteten sich

ernde Partei zu legen. Dies gelang und die Bundestagswahlen 2013 brachten nicht den zu befürchtenden Absturz, sondern die Stabilisierung. Die Linke wurde Oppo-



wichtig, die Bindungskraft der Führungspersönlichkeiten ließ nach. Flügelkämpfe drohten die Fünfjährige 2012 zu zerreißen. Der heiß umkämpfte Parteitag in Göttingen brachte das Projekt definitiv an den Rand der Spaltung und des Scheiterns. Nur noch 4% der Menschen im Land waren bereit, diese Partei zu wählen. Es war höchste Zeit, DIE LINKE als gesamtdeutsche Partei zu sanieren, die Quellparteien hinter sich zu lassen und das Fundament für eine starke, sich erneu-

sitionsführerin im Deutschen Bundestag. Sie gewann Zeit für qualitative Veränderungen, inhaltliche Debatten, organisatorische Neuformierung und Erneuerung und Verankerung in der Gesellschaft. Wieder fünf Jahre später kann man sagen, dass dieser Prozess bei weitem noch nicht abgeschlossen ist, aber vieles spricht dafür, dass DIE LINKE quicklebendig ist und mit Optimismus auf die kommenden Wahlen schauen kann. In außerordentlich bewegten

Zeiten hat sich die Partei neu aufgestellt und gelernt, innerparteiliche Widersprüche ohne Selbsterstörung auszutragen oder zumindest auszuhalten. Das ist nach wie vor nicht vergnügungssteuerpflichtig, aber eine große historische Leistung. Die Bundestagswahlen 2017 werden die Nagelprobe, ob es der Linken gelungen ist, ihre Rolle in der bundesdeutschen Wirklichkeit zu finden, und ob sie ihrem Anspruch, die Gesellschaft zu verändern, gerecht wird. Wie sie das schaffen will, hat sie auf dem Bundesparteitag in Hannover umfangreich beschrieben. Es lohnt, die Reden von Katja Kipping, Bernd Riexinger, Dietmar Bartsch, Gregor Gysi und Sahra Wagenknecht zu lesen und sich nicht auf ihre mediale Widerspiegelung zu verlassen. Wer ersteres tut, wird feststellen, dass es allen führenden Repräsentant*innen der Partei um das friedens- und sozialpolitische Profil der Linken geht und darum, dieses Land, das auch unseres

ist, zu verändern. Über den Weg dahin herrscht nicht immer Einigkeit. Aber diese Differenzen werden inzwischen konstruktiv ausgetragen. Im Bundestagswahlkampf wird DIE LINKE die 2007 versprochene neue soziale Idee definieren: Für existenzsichernde Renten und eine soziale Mindestsicherung, für höhere Mindestlöhne und gegen prekäre Arbeitsverhältnisse, gegen Kinderarmut und für die Gleichstellung der Geschlechter, für bezahlbare Mieten und eine solidarische Gesundheitsversicherung, für einen Neustart der Europäischen Union, den sozial-ökologischen Umbau, lebenswerte Kommunen u.v.a. Jedes einzelne Ziel ist den Kampf wert. Ist es wert, für eine starke LINKE im kommenden deutschen Bundestag zu kämpfen. Und eines ist dabei ganz sicher, niemals werden wir bei all diesen Auseinandersetzungen vergessen, dass ohne Frieden alles nichts ist.

Thomas Nord (MdB)

Wird der Gesetzentwurf zur Kinder- und Jugendarbeit wegen gravierender Mängel zurückgezogen?

Bereits zuvor berichtete ich an dieser Stelle von den Reformbemühungen des Familienministeriums am SGB VIII – dem Kerngesetzbuch der Kinder- und Jugendhilfe. Hier sollen die Prämissen der Kinder- und Jugendarbeit grundlegend verändert werden. In dieser Sitzungswoche kam es diesbezüglich im Familienausschuss nun zu einer Anhörung, die ihresgleichen sucht. Sage und schreibe acht von elf geladenen Sachverständigen zeigten sich besorgt bis bestürzt angesichts der drohenden Änderungen. Und das, obwohl gemäß des Stimmenanteils lediglich zwei von ihnen aus den Reihen der Opposition kamen. Rückblick: In einem völlig intransparenten Verfahren versucht sich das Familienministerium seit mehr als zwei Jahren an einer Reform des SGB VIII. Die Intransparenz wurde bereits durch die Fach-

welt durchgehend bemängelt jede Menge Unmut gesorgt.



Foto: DIE LINKE

Norbert Müller (MdB, DIE LINKE)

und hat auch im Parlament bis tief in die Koalition hinein für

Fachlich liest sich der Gesetzesentwurf zwar nicht mehr ganz

so katastrophal wie die zuvor kursierenden Versionen, genug zu bemängeln gibt es jedoch allemal. So will das Ministerium an Länderöffnungsklauseln festhalten, die eine Zweite-Klasse-Jugendhilfe für unbegleitete, minderjährige Geflüchtete bedeuten würden. An anderer Stelle würden die vorgesehenen Meldeaufgaben ans Jugendamt jede Form selbstorganisierter Kinder- und Jugendarbeit im Keim ersticken. Bei Fällen, in denen das Jugendamt Kinder im Sinne des Kindeswohls (vorübergehend) aus der Familie holt, wäre nun bereits zu Beginn der Hilfemaßnahmen festzulegen, ob das Kind eine Rückkehrperspektive hat oder nicht. Der Grundsatz der Prozesshaftigkeit der Jugendhilfe wäre damit ad absurdum geführt. Dieser Scherbenhaufen fällt Interims-Ministerin Katerina Barley nun vor die Füße.

Um ihn zu beseitigen, bleibt nur noch eines: Das Gesetzpaket zurückzuziehen. Das hat mittlerweile auch die Unionsfraktion erkannt. So kündigte die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Nadine Schön bereits unmittelbar nach der Anhörung ihre Gefolgschaft für das Vorhaben. Auch in den Reihen der SPD-Fachpolitik ist das Rausen über den Alleingang des Ministeriums unüberhörbar. Dennoch ist es für eine Entwarnung noch zu früh. Noch immer steht das Gesetz auf der Tagesordnung der kommenden Sitzungswoche. Und zu oft mussten wir bereits erleben, dass der politische Kuhhandel in den Fraktionsspitzen die Fachlichkeit aussticht. Wir werden dementsprechend wachsam bleiben und weiterhin alles daran setzen, den katastrophalen Gesetzesentwurf zu verhindern!

Norbert Müller (MdB)

Moderne Bildung braucht eine moderne Ausstattung

Im Abstand von zwei Schuljahren führt eine Experten-Gruppe unter Federführung der Schulverwaltung an allen Schulen in Trägerschaft der Stadt die „sicherheitstechnischen Begehungen“ durch. Als Mitglied des Kulturausschusses der SVV habe ich schon mehrere Durchgänge dieser Schulbegehungen begleiten können, die in diesem Schuljahr zwischen September 2016 und März 2017 stattfanden. Ich konnte feststellen, dass unsere Stadt tatsächlich über moderne und gut ausgestattete Bildungseinrichtungen ver-

fügt. Allerdings heißt dies nicht, dass keine weiteren Investitionen in Schule nötig wären. Altersgerechtes Mobiliar, moderne PC-Technik, sanierte Sporthallen, kinder- und jugendgerecht gestaltete Schulhöfe, eine zeitgemäße Mensa – all das bekommt man nicht zum Nulltarif. Mit gebotenen Sachverstand und Augenmaß müssen die Verantwortlichen dafür Sorge tragen, dass alle notwendigen Maßnahmen an den Schulen der Stadt kontinuierlich umgesetzt werden können. In Gesprächen vor Ort wurde

nun an einigen Schulen wiederholt folgendes Problem benannt: Besonders in den Sommermonaten sind die gesundheitlichen Belastungen durch Sonneneinstrahlung und damit verbundene sehr hohe Temperaturen in einigen Unterrichtsräumen unzumutbar. Darauf mit Kurzstunden, Hitzefrei oder Ausweichen in weniger heiße Räume (sofern solche vorhanden) zu reagieren, kann keine dauerhafte Lösung sein. Deshalb beantragte unsere Fraktion mit Unterstützung der SPD in der März-SVV, in den kommenden zwei Jahren

Investitionen zur Ausstattung von sieben Schulen mit Hitze-, Sonnen- und Wärmeschutzanlagen zusätzlich in den Haushalt aufzunehmen. Der Antrag fand leider mehrheitlich keine Zustimmung. Es ist müßig, die Ablehnungsargumente aufzuzählen. Einer Empfehlung folgend veränderten und ergänzten wir den Beschlusstext geringfügig und reichten den Antrag zur April-SVV erneut ein. Jetzt allerdings als weitere Maßnahme im Wirtschaftsplan des Gebäude- und Liegenschaftsmanagements. Neben der SPD unterzeich-

nete nun sogar die CDU den Antrag, der damit bei mehrheitlicher Zustimmung und nur einigen Enthaltungen beschlossen wurde. Folgende Schulen werden nun nach einer durch die Fachverwaltung zu erstellenden Rangfolge in den kommenden zwei Jahren nachgerüstet: Magnus-Hoffmann-Schule, Gebrüder-Grimm-Schule, Theodor-Fontane-Schule, Nikolaischule, Johann-Heinrich-Pestalozzi-Schule, Havelschule und Bertolt-Brecht-Gymnasium.

Heidi Hauße

Landesarbeitsgericht stärkt Betriebsrat des Städtischen Klinikums

Als Sprecher der inzwischen abgeschlossenen Solidaritätsaktion für den Betriebsratsvorsitzenden des Städtischen Klinikums, Renato Steinbrink, wurde ich um eine Einschätzung der Vorgänge gebeten. Hinter dem Fähnlein der zunächst sieben Aufrechten

te, das den Betriebsrat und seinen Vorsitzenden in ein schlechtes Licht rücken sollte. Darüber hinaus scheiterte aber auch der Versuch kläglich, den Betriebsrat im Wege eines arbeitsgerichtlichen Verfahrens durch Ausschluss seines Vorsitzenden zu ent-

ihr ohne Not angerichteten Scherbenhaufen zu beseitigen, und zwar durch ein wenigstens am Betriebsverfassungsgesetz ausgerichtetes Verhältnis zur gewählten Interessenvertretung der Beschäftigten des Klinikums. Die Öffentlichkeit darf gespannt sein, ob die Geschäftsführung die Stadtverordneten über ihre Vorstellungen zur Entwicklung einer vertrauensvollen Zusammenarbeit informieren wird. Oder wagt sie es trotz des ins Auge springenden Anlasses nicht mehr? Jedenfalls scheute die Geschäftsführerin schon die persönliche Teilnahme an dem Verhandlungstermin des Landesarbeitsgerichts. Renato Steinbrink, dem die Listen mit den insgesamt 692 Unterstützungsunterschriften anlässlich dieses Termins überreicht wurden, zeigte sich von der wuchtigen Solidaritätsbekundung beeindruckt. Er erklärte in der Verhandlung, sich nach wie vor einer erfolgreichen Interessenvertretung der Beschäftigten des Klinikums verpflichtet zu sehen und somit auch künftig sein Amt als gewählter Betriebsratsvorsitzender verantwortungsbewusst ausfüllen zu wollen.

Werner Becker (DKP)

Vorrang für Atomenergie und fossile Brennstoffe?

Auch bei den Themen Klima und Energie ist die AfD reaktionär

Dass die Alternative für Deutschland (AfD) eine rassistische, fremdenfeindliche, nationalistische und rechtspopulistische bis rechtsextreme Partei ist, ist hinlänglich bekannt – und sie hat der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) längst den Rang abgelassen. Björn Höcke, Beatrix von Storch, André Poggenburg und Alexander Gauland sind dabei unter anderem die Stichwortgeber*innen. Doch auch bei den Themen Klima und Energie ist die AfD reaktionär. „Schon vor der Industrialisierung gab es Warm- und Kaltperioden, die sich nicht durch die zugehörige CO₂-Konzentration der Luft erklären lassen. (...) Deutschland soll aus allen staatlichen und privaten „Klimaschutz“-Organisationen austreten und ihnen jede Unterstützung entziehen“, heißt es auf Seite 65 des Wahlprogramms. „Die bestehenden Kernkraftwerke wollen wir deshalb nicht vor Ende ihrer Nutzungsdauer außer Betrieb nehmen. Auch auf die Nutzung moderner Gas- und Kohlekraftwerke wird Deutschland auf absehbare Zeit nicht verzichten können.“ (Seite 66) „Wir lehnen den weiteren Ausbau der Windenergie ab, denn er bringt mehr Schaden als Nutzen.“ (Seite 72) Mag man sich noch darüber streiten, wie viel Anteil am schon heute spürbaren Klima-

wandel der Mensch hat und wie viel von diesem Wandel dem „natürlichen Zyklus“ zuzuschreiben ist, so ist doch der Einfluss von CO₂ auf die Erderwärmung unumstritten. Der Ausstoß dieses Treibhausgases hat seit Beginn der Industrialisierung stetig zugenommen, dem muss Einhalt geboten werden. Denn abschmelzende Pole, ein steigender Meeresspiegel und die Versteppung weiter Landstriche gefährden das, nicht nur menschliche, Leben auf der Erde. Offensichtlich sieht das die AfD anders. Der Fokus auf Atomenergie und fossile Brennstoffe wie Kohle, Gas und Öl birgt weitere Gefahren. Die Atomenergie wird niemals hundertprozentig beherrschbar sein. Dazu kommen äußere Gefahren für die Meiler wie Naturkatastrophen, siehe Fukushima, oder Terrorangriffe. Fossile Brennstoffe sind endlich, die Vorkommen neigen sich langsam, aber sicher ihrem Ende zu. Deshalb muss schon heute umgesteuert und der Ausbau der Nutzung von regenerativen Energien wie Wind- und Sonnenenergie vorangetrieben werden. Auch nachfolgende Generationen sollen ihren Energiebedarf decken können. Die AfD ist also auch bei den Themen Klima und Energie KEINE Alternative für Deutschland!

Daniel Herzog



Foto: Werner Müller
01.05.2017 Protestkundgebung

versammelten sich in kurzer Zeit Hunderte Bürgerinnen und Bürger, die Renato Steinbrink in der Auseinandersetzung mit der Geschäftsführung des Klinikums den Rücken stärkten und sich mit ihrer Unterschrift über Parteigrenzen hinweg an seine Seite stellten. Dies ist um so bemerkenswerter, als die Geschäftsführung über einen langen Zeitraum durch rechtswidrige Informationen an Stadtverordnete und an die Medien ein öffentliches Klima zu erzeugen such-

haupte und damit, inspiriert durch die Oberbürgermeisterin, freie Bahn für eine mehr oder weniger schrankenlose Gewinnerorientierung im kommunalen Gesundheitswesen unserer Stadt zu schaffen. Während die Geschäftsführung einen Ansehensverlust hinnehmen musste, haben die Solidaritätsaktion und die Entscheidung des Landesarbeitsgerichts Berlin-Brandenburg den Betriebsrat und seinen Vorsitzenden deutlich gestärkt. Es liegt nun an der Geschäftsführung, den von

Fortsetzung von Seite 1

Computer und ein Breitbandanschluss müssen zum Existenzminimum gehören und die Glasfaserinfrastruktur sollte, wie jede andere kritische Infrastruktur (Strom- oder Wasserversorgung), in öffentlicher Hand sein, am besten in kommunaler Verwaltung, denn sie ist ein natürliches Monopol, das jeder

Haushalt braucht, aber eben nur einmal. Dem freien Markt mit einseitigen wirtschaftlichen Interessen sollte man Netze der Daseinsvorsorge

Mit der Mauer fiel für mich auch der Begriff des Unmöglichen

nicht überlassen. In Schweden besitzen zwei Drittel aller Kommunen ihr eigenes Glasfasernetz, eine Investiti-

on, die sich dort auch für die Kommunen lohnt, denn so bleibt die Netzrendite im Ort und dient dem Gemeinwohl. Vor der Zukunft braucht man

keine Angst zu haben, auch wenn sich viel verändert. Es gilt nur rechtzeitig die richtigen politischen Entscheidun-

gen zu treffen, damit nicht die Interessen großer Konzerne überwiegen und den sozialen Frieden gefährden. Das Schöne an der Demokratie ist, dass wir die Macht haben, das zu verhindern und die Zukunft zum Wohle aller zu gestalten.

Anke Domscheit-Berg
Bundestagskandidatin der
LINKEN für den Wahlkreis 60

Ich bin mit Herz und Seele Brandenburgerin, wurde in Premnitz geboren, wuchs in Märkisch Oderland auf, lebe in Fürstenberg. Meine Biographie ist typisch ostdeutsch: Studium in der DDR, Arbeit und Zweitstudium im Westen, Rückkehr in die Hei-

mat. Nach 14 Jahren in der IT Industrie engagiere ich mich seit 2011 als Publi-

Mein Vater hat mir beigebracht, gegen Unrecht aufzustehen

zistin und ehrenamtlich für Geschlechtergerechtigkeit, Flüchtlingshilfe, Bildungs-

projekte und die Verbesserung der Demokratie. Mein wichtigster Schwerpunkt ist

die Digitale Gesellschaft: Ich möchte die Zukunft so gestalten, dass der Umbruch

zum Wohle aller erfolgt. Stellen wir heute die Weichen dafür falsch, wird es weiter nach oben geben. Als Abgeordnete will ich für soziale Gerechtigkeit und Investitionen in die Zukunft kämpfen.

Anke Domscheit-Berg

Ohne Frieden ist alles nichts

Eindrücke von der Podiumsdiskussion mit den Direktkandidaten für Wahlkreis 60

Angesichts der selektiven Berichterstattung in den Medien fühlt man sich immer öfter genötigt nachzutragen, worüber nicht berichtet wurde. So auch bei der sehr gut besuchten Podiumsdiskussion vom 18.05. mit den Bundestags-Direktkandidaten für den Wahlkreis 60, die von der Akademie 2. Lebenshälfte und dem Seniorenbeirat organisiert worden war. Aufgetreten sind – in alphabetischer Reihenfolge: Anke Domscheit-Berg für die Linke, Till Heyer-Stuffer für die Grünen, Erardo Rautenberg für die SPD (kurz vor Bekanntwerden seiner Erkrankung), Klaus Riedelsdorf für die AfD, Matthias Täge für die Piraten, Dietlind Tiemann für die CDU und Eric Vohn für die FDP. Wie zu erwarten ging es zunächst um Themen, die für diesen Besucherkreis nahe liegen, wie Rente, Pflege und Steuergerechtigkeit – und da lagen die Auskünfte der Kandidaten auch recht dicht beieinander. Schließlich ist Wahlkampf und man kann es sich mit den Alten nicht verschmerzen: Gefordert wurde, dass die Angleichung der Ostrenten früher kommen soll, dass in die Pflegeversicherung gerechter eingezahlt werden soll, dass Pflegekräfte besser bezahlt werden müssen und gut ausgebildet nach einem angemessenen Pflegeschlüssel ihre Arbeit tun sollen. Soweit, so gut, spannend waren eher

die Zwischentöne. So stellte der AfD-Kandidat eine Verbindung zwischen Sozialleistungen und Bevorzugung eines traditionellen Familienmodells her. Dietlind Tiemann behauptete, dass sich die Stadt in

beit und Nicht-Erwerbsarbeit (Familienarbeit, ehrenamtliche Tätigkeit) aber so sind, wie sie derzeit sind, werden sich nur solche Arbeitsleistungen mehr oder weniger lohnen, die durch das Nadelöhr pri-

de ich skandalös – wurde die Diskussion zum Thema Friedenssicherung und Verhältnis zu Russland. Mehrere Teilnehmer drückten ihre Befürchtungen mit Blick auf die derzeitigen Krisen- und Kriegsherde aus. Tenor: Wenn der Weltfrieden in Gefahr ist, werden alle anderen Probleme zweitrangig. Reflexartig wurde daraufhin von einigen Kandidaten die Rolle Russlands geißelt. „Ich kann doch nicht ignorieren“, sagte der FDP-Mann, „dass sich vor allem Polen und andere Nachbarstaaten von Russland bedroht fühlen.“ Leider stieß auch Erardo Rautenberg in dieses Horn. Kleiner Tipp: Einfach mal googeln, wie viele kriegerische Auseinandersetzungen die USA angezettelt oder unterstützt haben und wie viele Russland. Das Verhältnis ist etwa 5:1, wobei die Nähe oder Ferne zum eigenen Territorium noch nicht einmal berücksichtigt wurde. Die historische Rolle Deutschlands als verheerendster Kriegstreiber aller Zeiten kam in diesem Zusammenhang leider nicht zur Sprache. „Es gibt wenige Regierende, die lupenreine Demokraten sind, aber Putin ist beileibe nicht der Schlimmste, vor allem nicht der Unberechenbarste“, resümierte Anke Domscheit-Berg.



Foto: ZIP
Anke Domscheit-Berg im Kreis der Mitbewerber (Podium 2.vl)

Sachen Pflegeausbildung vor allem selbst geholfen habe. Auch an anderer Stelle zog die OB die lokale Karte nach dem Muster: Ich punkte mit meinen eigenen Erfolgen. Der FDP-Mann stellte das Thema Rente unter den bekannten Slogan seiner Partei: „Leistung muss sich wieder lohnen“, problematisierte aber nicht die stillschweigende Übereinkunft im herrschenden Wirtschaftssystem, die darin besteht, nur bestimmte Leistungen überhaupt mit einem Lohn zu bedenken. So lange die Verhältnisse zwischen Erwerbsar-

vatkapitalistischen Interessens passen. Anke Domscheit-Berg machte auf diesen Widerspruch aufmerksam und forderte eine Revolutionierung der Verteilungssysteme: „Ich persönlich vertrete in diesem Zusammenhang auch die Idee des bedingungslosen Grundeinkommens.“ Überhaupt hinterließ Anke Domscheit-Berg den kompetentesten Eindruck, hatte auch die größten Redeanteile. Ein Applausmesser wäre zu dem gleichen Urteil gekommen. Von der Lokalpresse unter den Teppich gekehrt – und das fin-

DIE LINKE intern

Brief des Vorsitzenden
anlässlich der bevorstehenden
Wahlen zu einem neuen
Kreisvorstand

Im Herbst, genau am 25. November um 9.30 Uhr, werden wir in vertrauter Umgebung des TGZ Brandenburg auf einer Gesamtmittgliederversammlung unsere Vorstandswahlen durchführen. Es sind turnusgemäße Wahlen; sie tragen aber doch einen besonderen Charakter. Infolge der geplanten Verwaltungs- und Strukturreform der Landesregierung werden es wohl die letzten Wahlen zu einem Kreisvorstand Brandenburg an der Havel werden. Bei der Besetzung des neuen Vorstandes ist heute schon erkennbar, dass es größere personelle Veränderungen geben wird, zumal eine Verjüngung des Vorstandes dringen ansteht. Um so wichtiger ist es, diese Wahlen gründlich vorzubereiten. Deshalb richte ich meinen Appell an alle Mitglieder unseres Kreisverbandes, darüber nachzudenken, wie und in welcher Form ihr euch die politische Arbeit in unserer Partei zukünftig vorstellt. Der eine oder andere mag auch eine Kandidatur ins Auge fassen, um dann konkret Verantwortung zu übernehmen. Wir würden uns über eine Vielzahl von Bewerbungen freuen und alle Vorstandsmitglieder sind gern bereit, eure Fragen zu beantworten. In einer Sitzung Ende August wird sich der Vorstand konkret mit der Vorbereitung der Wahlen beschäftigen. Schön wäre es, zu diesem Termin auch schon greifbare Vorschläge aus der Mitgliedschaft auf dem Tisch zu haben. Also: Nur Mut zur Tat. Bleibt mir nur noch, allen Mitgliedern, Sympathisanten und Angehörigen wie Freunden einen erholsamen Sommer zu wünschen.

Mit solidarischen Grüßen
Lutz Krakau

Dr. Uta Sändig

Doppelte Diskriminierung wegen sexueller Orientierung 2. Refugee-LGBTIQ*-Conference im Haus der Offiziere

Sich kennen lernen, austauschen, vernetzen und öffentliche Aufmerksamkeit für die

In vielen Ländern werden nicht-heterosexuelle Menschen beleidigt, bedroht, dis-

heim in Deutschland angekommen, erfahren die Geflüchteten erneut Diskriminierung - von Mitbewohner*innen, aber auch vom Sicherheitspersonal. Viele Sozialarbeiter*innen in den Heimen sind für die Belange LGBTIQ*-Geflüchteter nicht ausreichend sensibilisiert. „Halt lieber den Mund. Zeig deine Orientierung bloß nicht nach außen“, sind dann die Ratschläge, denen sich die Geflüchteten gegenübersehen und damit erneut in eine Isolation geraten. Und auch in Teilen der bun-

che Einstellungen verbreitet. Für die ersten drei Quartale 2016 gibt das Bundesinnenministerium 205 Straftaten an, bei denen die sexuelle Orientierung des Opfers im Mittelpunkt stand. Die Dunkelziffer wird als sehr hoch eingeschätzt. An der Konferenz nahmen ca. 80 Menschen aus ganz Deutschland teil. Am Freitagabend diskutierten die Teilnehmer*innen in kleineren Gruppen über ihre Bedürfnisse und Ängste, die dann noch einmal im Plenum thematisiert wurden.

für LGBTIQ*-Geflüchtete, wie in Berlin oder Nürnberg, zur Sprache und es wurde die Forderung laut, LGBTIQ*-Geflüchtete in die Gruppe der sogenannten besonders Schutzbedürftigen aufzunehmen. Am Samstag wurden verschiedene Workshops angeboten. So ging es zum Beispiel um Selbstorganisation, Asylrecht, Gesundheit und Beratung. Der für alle sehr inhaltsreiche, aber auch anstrengende Tag ging mit einer Party im HdO zu Ende. Am Sonntag folgten rund 80 Menschen unserem Aufruf zur Gay Pride, einer bunten und ausgelassenen Demonstration für die Belange von LGBTIQ*s, hier geborene und neu zu uns gekommene. Unser Dank gilt neben den Referent*innen den vielen Helfer*innen, die durch Tatkraft oder finanzielle Unterstützung diese Konferenz möglich gemacht haben. Ein besonderer Dank geht an die vegane Kochgruppe und das Team des HdO. **Sexuelle Selbstbestimmung ist ein Menschenrecht! Kein Mensch ist illegal!**



Foto: Orgateam

Während einer der Diskussionsrunden am Freitagabend

eigenen Belange erzeugen - das waren die Schwerpunkte der zweiten Auflage der „Refugee-LGBTIQ*-Conference“, die in diesem Jahr vom 9. - 11. Juni im Haus der Offiziere (HdO) stattfand. Das Motto lautete „love has no borders“ (Liebe hat keine Grenzen). Die Konferenz wurde von unserem Orgateam, bestehend aus Geflüchteten und Unterstützer*innen, auf die Beine gestellt und richtete sich ebenso an LGBTIQ*-Geflüchtete wie an Unterstützer*innen.

kriminiert, an den Rand der Gesellschaft gedrängt oder gar ermordet. In Brandenburg an der Havel hat sich in den vergangenen zwei Jahren eine kleine Gemeinschaft von LGBTIQ*-Geflüchteten gebildet. (LGBTIQ* steht dabei für die englischen Anfangsbuchstaben von lesbisch, schwul, bi-, trans- und intersexuell sowie queer; der kleine Stern soll all jene mit einschließen, die sich nicht unter diesen Begriffen einordnen können oder möchten.) In einem Übergangswohn-



Foto: Presseservice Rathenow

Viele beteiligten sich mit selbstgestalteten Transparenten und Plakaten desdeutschen Bevölkerung. Dabei kamen unter anderem homo- und transfeindliche spezielle Unterkünfte

Das Orgateam der Konferenz

Geschichte und Geschichten aus linker Perspektive

Hans Modrow im „Lighthouse“

Der „Rosa Luxemburg Stiftung“ ist es zu danken, dass Hans Modrow mal wieder in unsere Havelstadt gekommen ist. Ort der Veranstaltung war das - bis auf den letzten Platz besetzte - „Lighthouse“ am Hauptbahnhof; Moderator war Detlef Nakath (Potsdam). Der mittlerweile 89-jährige Modrow, körperlich und geistig erstaunlich fit, sprach zum Thema „Die Linke in Europa“. Die knappe Überschrift - wer hat sie zu verantworten? - mag in mehrerlei Hinsicht verwirren, aber mittlerweile sind solche Verkürzungen schlechter Usus. Gemeint war natürlich nicht das ganze Europa, sondern die EU und ihr europäisches Parlament; gemeint waren auch nur jene linken Parteien, die dort vertreten sind. Modrow sprach über seine Erfahrungen im

Europaparlament, dem er von 1990 bis 2004 angehörte. Sprach darüber, wie sich die Vertreter der sehr verschiedenen linken Strömungen dort zusammenraufen und möglichst an einem Strang ziehen



Foto: Werner Müller
Hans Modrow im Lighthouse

mussten - was ihnen offenbar in diesem Gremium deutlich besser gelang als außerhalb. Das Auditorium wollte aber auch ganz andere Fragen von dem Zeitzeugen der Wende-

und Nachwendzeit beantwortet wissen, zum Beispiel: Warum sind die sowjetischen Truppen vollständig aus Ostdeutschland abgezogen worden, während die Stationierung anderer ausländi-

scher Besatzungstruppen, allen voran die US-amerikanischen, bis heute von Regierungsseite nicht in Frage gestellt wird? Antwort: Die Verhandlungsposition der in

Auflösung begriffenen Sowjetunion war damals schon zu schwach, um auf einer Präsenz sowjetischer Truppen zu bestehen. Wenigstens gelang es Modrow, Kohl zu überzeugen, dass die Verabschiedung der Sowjetsoldaten nicht in Weimar, sondern in Berlin stattfand: „Alles andere wäre eine unzumutbare Demütigung gewesen.“ Modrow lässt auch nicht unerwähnt, dass die Verständigung mit Egon Bahr über die Modalitäten der Wiedervereinigung durchaus konstruktiv und freundschaftlich war. Über die Rolle Michail Gorbatschows in diesem Zusammenhang sagt er: Zunächst habe Gorbatschow ihm persönlich versichert, dass eine NATO-Mitgliedschaft des vereinigten Deutschland auf jeden Fall zu verhindern sei,

aber wenig später habe Gorbatschow dem Kohl freie Hand gegeben, so dass die volle NATO-Mitgliedschaft besiegelt war. Hier sei Gorbatschow wortbrüchig geworden. Auf Helmut Kohls Tod angesprochen, kritisiert Modrow das Gezerre um die Trauerfeierlichkeiten: „Was seine sogenannte Witwe da jetzt veranstaltet, ist würdelos.“ Der Moderator zitierte dazu den Spruch: „Niemand ist so schlecht wie sein Ruf und so gut wie sein Nachruf.“ Apropos Ruf: Dass der bescheidene Modrow wahrhaftiger und authentischer ist als jener Ruf, der ihm von den offiziell Deutungsmächtigen über die jüngere deutsche Geschichte angeheftet wird, dürfte schon jetzt feststehen.

Redaktion „Havelbrandung“

Bella gibt ihren Senf dazu

Hallo Leute,

ick hab `ne Kundin, die unsere bunten Blättchen im Salon „Scharfe Schere“ links liegen lässt und in der Wartezeit Fontane liest. Jetzt hat sie Band 6 der „Wanderungen durch die Mark Brandenburg“ beim Wickel. „Hören



Sie mal“, sagt sie letztens, „was der Dichter über die 50 Fabrikschornsteine von Luckenwalde schreibt: ‚Nicht mehr die Kirche bildet den Mittelpunkt geistigen Lebens, städtischer Interessen, sondern der Schornstein, der Säulenheilige des Gewerbefleißes.‘ Klingt das nicht schön?“ Meine Kundin ist Handwerkerkattin und kriegt bei dem Wort ‚Gewerbefleiß‘ feuchte Augen. „Lass stecken“, sag ich zu ihr, „inzwischen isst wieder andersrum. Ich wollt et ja kaum glooben, als damals ein

Stahlwerksschornstein nach dem andern umgelegt wurde. Und jetzt sind die Flutlichtmasten dran. Nix gegen det Paulikloster und die Johanniskirche, aber ein paar weltliche Wahrzeichen der Stadt hätte man doch stehen lassen sollen. Reicht doch schon, dass die Kirchen in einer atheistischen Stadt wie Brandenburg überproportional oft zu Wort kommen.“ Meine Kundin gibt mir teilweise recht, merkt aber an, dass die Masten am Stahlstadion wohl nicht mehr zu retten sind. Kaum noch funktionstüchtig und halb marode. Sie soll doch nicht der Argumentation der Stadtverwaltung auf’n Leim jehn, sag ich, die scheut einfach die Kosten. Und die Gutachten, die jetzt vorliegen, kann man so oder so interpretieren. Die „Freunde des Stahlstadions“ jedenfalls, zu denen mein Nachbar Peter jehört, haben schon janz viel ehrenamtliche Engagement investiert, einschließlich Geldspenden, und würden det auch jern weiter tun. Oder jehet et eigentlich um wat janz anderet? Jehet et darum, die Spuren zu tilgen, die die DDR hinterlassen hat? Det fragt sich mal wieder

Eure Bella Branne

Gibt es das: alternative Fakten?

Diesmal kann man im Lexikon blättern, soviel man will, der Widerspruch zwischen dem, was mit Fakten, und dem, was mit Alternativen gemeint ist, lässt sich beim besten

Gegensatz zu Meinungen,

Aus unserer Rubrik:
Im Lexikon geblättert

den Anspruch, objektiv zu

Alternativ heißt, dass man „zwischen zwei (gegensätzlichen) Möglichkeiten wählen“ kann. Der Begriff bezieht sich also auf unterschiedliche Vorgehensweisen bei der Lösung von Problemen oder auf unterschiedliche Lebens- und Gesellschaftsentwürfe. Die Fakten, von denen solche Möglichkeiten abgeleitet sind, ändern sich dadurch aber nicht. Als Gegenwort zu Fakt oder Faktum nennt das Lexikon: „Trugschluss, Halbwahrheit, Lüge“. Die Begriffe bedeuten a) „eine Folgerung, die auf einem Denkfehler basiert“ b) „eine teils wahre, teils falsche oder auf Unkenntnis beruhende Aussage“ und c) „eine absichtlich falsche Aussage“. Ob die so genannten alternativen Fakten eher auf Denkfehler oder Unkenntnis zurückzuführen sind, also auf ein mieses Bildungsniveau, oder als gezielte Lügen daherkommen, ist hier zweitrangig. Es handelt sich jedenfalls nicht um Fakten, die diesen Namen verdient haben.

Dr. Uta Sändig



Karikatur: schwarwel

Willen nicht auflösen. Trotzdem macht der Ausdruck derzeit als vermeintlich innovative Idee von sich reden. Fakten werden als „nachweisbare Tatsachen“ definiert, Faktenwissen bedeutet „ins Einzelne gehende Sachkenntnisse“, deren Erwerb meist Mühe und Gehirnschmalz verlangt. Fakten haben, im

sein. Wenn Meinungen nicht auf Fakten beruhen, sind sie wenig wert. Natürlich kann niemand daran gehindert werden, Fakten zu interpretieren oder je nach Interessenlage hervorzuheben, zu ignorieren, zu unterdrücken oder zu verdrehen – aber verwandeln sie sich deshalb in „alternative Fakten“?

Recherche | Fotografische Dokumentation | Information
Presseservice Rathenow
 Postfach 1161
 14701 Rathenow
 Presseservice_RN@yahoo.de
 >>> Themenschwerpunkte:
 - Gesellschaftspolitik
 - soziale Bewegungen
 - extreme Rechte
<https://twitter.com/PresseserviceRN>

Wenn der Mensch den Menschen braucht ...
 Bestatter und Trauerredner
 Wolfgang Bonatz
 Friedensruh Bestattungen
 Brandenburg · Hochstraße 8
 ☎ Tag und Nacht 03 381-70 17 95

The american way of ... death

Sowohl für Joghurt von Aldi als auch für die Warzensalbe aus den Chemieküchen von Bayer, Fresenius & Co gilt: Das Haltbarkeitsdatum entscheidet, ob ihr Weg in den Kühl- oder Arzneischrank führt oder direkt in den Sozial-Transfer zur „Tafel“ und in die „Dritte Welt“. Sicher ist sicher, man will sich ja schließlich nicht selbst vergiften! Doch auch beim Vergiften von anderen sollte man, zumindest als Staat, tunlichst auf den Frische-Status seiner Todeswerkzeuge achten, denn der Rechtsstaat westlicher Prägung kann vieles verkraften, nur keine Formfehler und Fristüberschreitungen. Die Regierung des US-amerikanischen Bundesstaates

Arkansas wollte sich genau diesen Vorwurf nicht einhandeln. Deshalb war der angeblich tief gläubige Gouverneur des Landes, Asa Hutchinson, überzeugt, sieben zum Tode

Deswegen twitterte (!) also jener Hutchinson, dass er zwei der Sieben bereits am Ostersonntag auf die Reise schicken wolle; dieser Tag hätte schließlich auch was mit Auf-

fast eingehalten. Im Zeitraum vom 20.-27. April wurden vier der sieben Todesurteile vollstreckt. Erstmals seit Jahren waren in den USA damit zwei Menschen an einem Tag hingerichtet worden, was auch die Einführung einer sozial-menschlichen Komponente möglich machte: die Henkersmahlzeit zu zweit.

Hans-Joachim Lass

den Indianerreservaten. In 2259 Jugendbesserungsanstalten sitzen rund 70.000 Minderjährige ein. Kalifornien z.B. gibt 62.396 Dollar pro Gefangenen und Jahr aus und zehn Milliarden Dollar für seinen Strafvollzug insgesamt. Dagegen wendet es nur 9200 Dollar jährlich für einen Schüler bis zur zwölften Klasse auf und das durchschnittliche Gehalt eines neu eingestellten Lehrers beträgt 41.926 Dollar pro Jahr. Während Kalifornien 22 Gefängnisse in 30 Jahren baute, gründete es lediglich eine öffentliche Universität.

Quelle: WELT N24

**Vorsicht
Glosse**

Verurteilten nicht zumuten zu können, wegen überlagerter Gift-Cocktails ewig vorm Himmelstor rumlungern zu müssen. „Knockin‘ on Heavens Door“ war zwar für Bob Dylan ein Hit, aber wer weiß denn schon, ob da oben überhaupt jemand „Herein!“ ruft, wenn man doch nur halbtot ist?

erstehung zu tun und könnte so den Todgeweihten zusätzlichen Schub verleihen... Es sei auch für die anderen Fünf große Eile geboten, denn schon Ende April würde das Haltbarkeitsdatum des Narkosemittels Midazolam ablaufen. Den ehrgeizigen Zeitplan hat der Mann aus Arkansas auch

Statistisches
 1719 Haftanstalten werden in den USA auf der Ebene der Bundesstaaten betrieben, weitere 102 von der Bundesregierung. Hinzu kommen 3283 Gefängnisse auf lokaler Ebene. Zudem gibt es Militärgefängnisse und 79 Gefängnisse in

Porträt Werner Müller

Werner Müller ist 64 Jahre alt. Er ist geschieden, hat zwei Töchter und drei Enkel. Der gelernte Agraringenieurökonom ist als Pressesprecher unseres Kreisverbandes auch einer von zwei stellvertretenden Vorsitzenden. Werner Müller ist darüber hinaus Sachkundiger Einwohner im Ausschuss für Stadtentwicklung, Mitglied im Beirat für Stadtansanierung und Denkmalschutz sowie Mitglied der Redaktion der Havel-Brandung. Sein Hobby ist die Geschichte unserer Stadt und des Havellandes. Das Fotografieren ist seit frühesten Jugend sein Steckenpferd.

HB: Werner, worin unterscheidet sich für dich DIE LINKE von anderen Parteien? Was bedeutet es für dich, links zu sein?

W. M.: DIE LINKE hat in ihren Traditionen die Ideale der Französischen Revolution „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ (liberté, égalité, fraternité). Im realen politischen Geschehen heißt das, dass sich DIE LINKE für soziale Gerechtigkeit einsetzt. So zum Beispiel für einen höheren

Mindestlohn, also für einen gleichen Zugang zu gesellschaftlichem Wohlstand. In anderen Parteiprogram-



Foto: Werner Müller

men steht Ähnliches, aber im Gegensatz dazu wurde eine Agenda 2010 durchgedrückt. Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit heißt aber auch, dass der Artikel 1 des Grundgesetzes durchgesetzt werden muss ... Die Gleichberechtigung aller Menschen, unabhängig von nationalen, ethnischen, geschlechtlichen oder anderen Zugehörigkeiten darf nicht nur auf dem Papier stehen, sondern muss täglich ausgeübte Praxis sein. Ich gehöre zu der Generation der BrandenburgerInnen, die

die DDR gelebt haben. Viele von denen sind den Weg unserer Partei von SED über SED/PDS, PDS, PDS-DIE

LINKE bis hin zur DIE LINKE mitgegangen, so auch ich. Es war und ist ein interessanter Weg. Für mich reicht es nicht aus, nur zu theoretisieren. Mit Gleichgesinnten möchte ich für meine Mitmenschen unsere Ziele erreichen.

HB: Was sind deine Schwerpunkte im Ausschuss für Stadtentwicklung?

W. M.: Als Sachkundiger Einwohner kann man in dem jeweiligen Ausschuss zwar mitreden, hat allerdings

kein Stimmrecht. Ich sehe mich dementsprechend als zusätzliche Stimme unserer Fraktion. Dabei sind die Erfahrungen aus dem Beirat für Stadtansanierung und Denkmalschutz sehr wichtig. Für mich ist der Denkmalschutz nicht der Erhalt alter Hütten, sondern die Widerspiegelung unserer Stadtgeschichte in einem breiten baulichen Spektrum. Dazu gehören auch Gebäude aus der Zeit der DDR. Eine gute Stadtentwicklung beinhaltet dieses. Brandenburg an der Havel hat viele Kleinode der Baugeschichte. Das hat sich herumgesprochen.

HB: Was würdest du in unserer Stadt verändern oder verbessern, wenn du die Möglichkeit dazu hättest?

W. M.: Brandenburg an der Havel hat sich prächtig entwickelt, aber auch die schönste Stadt muss sich weiterentwickeln. es gibt in unserer Stadt doch einige Dinge, die ich mir besser vorstelle. Der öffentliche Nahverkehr bildet da ein gutes zum Beispiel. Ich brauche kein geöffnetes Einkaufszentrum im Stadtzentrum,

wenn niemand mit Bus oder Bahn nach Hause kommt. Ein Theater kann zwar auch am Vormittag bespielt werden, doch das zahlungskräftige Publikum kommt nach Feierabend. Parkplätze sind in unserer Stadt oft Mangelware ... und Bus und Bahn ...?

HB: Wäre nach der Bundestagswahl im September eine rot-rot-grüne Regierung eine Option? Wenn ja, unter welchen Voraussetzungen?

W. M.: Die aktuell ausgeübte Politik bildet immer den Willen der agierenden Wirtschaft ab. Derzeit sehe ich nicht, dass es deren Wunsch wäre, DIE LINKE in der Verantwortung zu sehen. Für DIE LINKE würde eine Regierungsbeteiligung bedeuten, dass sie den Willen der derzeit agierenden Wirtschaft durchsetzen muss. Wenn sie das nicht macht, gibt es keine Beteiligung. Wir sind z. B. nicht für einen Auslandseinsatz der Bundeswehr. Mit uns soll es eine Vermögenssteuer geben, und und und ...

Für die HB fragte Daniel Herzog

DIE LINKE begeht ihren 10. Geburtstag

Seit der Fusion von PDS und seit den letzten Jahren auf



Foto: Felix Thier
Fest der Linken

WASG vor 10 Jahren wird jedes Jahr im Juni in Berlin das Fest der LINKEN begangen,

dem Rosa-Luxemburg-Platz, zwischen der Bundesgeschäftsstelle der LINKEN,

dem Karl-Liebknecht-Haus und der Volksbühne. Ein buntes Treiben zwischen Kulturprogramm, internationaler Küche, Diskussionen und Talks. Auf der Talkbühne diskutierten diesmal u.a. die LINKEN-Europaabgeordneten Helmut Scholz, Martina Michels und Cornelia Ernst (v.l.n.r.) über die tiefe Krise der Europäischen Union, die „Festung Europa“, Kürzungsdiktate, Geheimverhandlungen und Ausnahmezustände – denn nicht erst seit Brexit und Trump ist die Zukunft der EU ungewiss. Eines war im Fazit aber klar: Will die EU bestehen bleiben, muss ihre Zukunft „von links“ (mit-)gestaltet werden. Redaktion „Havelbrandung“

Dicke Kartoffelsuppe mit Brennesseln

Aus unserer Rubrik: Kochen mit LINKS

Zutaten für 5 Personen
1000 g Kartoffeln (mehlig kochend)
1 große Zwiebel
1 ¼ l Gemüsebrühe
300 g Brennesseln
¼ l Buttermilch
Salz und Pfeffer nach Geschmack

Zweite Variante
zusätzliche Zutaten
ca. 175 g Wurzeln (Möhren)
90 g Sellerie
150 g Porree
2 EL Liebstöckel (trocken 2 TL)

Zubereitung

Kartoffeln und die Zwiebel schälen und würfeln. Zwiebel gut goldgelb anbraten. Nun alles in der Gemüsebrühe aufkochen. Danach etwa 20 Minuten köcheln lassen. Wer mag, kann das Ganze pürieren. Anschließend die gehackten Brennesselblätter hinzu fügen, nach Geschmack würzen. Alles fünf bis zehn Minuten ziehen lassen. Zum Schluss die Buttermilch dazu geben.

Zubereitung

Wie in der ersten Variante vorgehen, zusätzlich Möhren und Sellerie schälen und würfeln. Alles 20 Minuten in der Gemüsebrühe mit den gebratenen Zwiebeln kochen. Anschließend außer den Brennesseln noch in Ringe geschnittene Porree dazu geben, würzen und reichlich zehn Minuten köcheln lassen. Zum Schluss die Buttermilch in die leicht abgekühlte Suppe geben.

Text und Foto: Werner Müller

Bilderrätsel 2/17

Obwohl die märkische Sandbüchse nicht unbedingt den idealen Baugrund bietet, stehen in unserer Stadt einige Hochhäuser. Das Bilderrätsel befasst sich mit diesen. Das älteste Hochhaus (Abb. 1) steht in der Neustadt. Welche Straße muss auf einem Brief stehen, den ich an einen Empfänger in diesem Gebäude senden möchte?

- Friedensstraße
- Der Temnitz oder
- Sankt-Annen-Straße?

Das Hochhaus in der Brielower Straße (Abb. 2) war zunächst nicht nur auf Sand gebaut. Die Bauleute hatten auch mit dem Wasser verschiedene Probleme. So drang immer wieder Grundwasser ein und der Termin der Fertigstellung musste mehrmals verschoben werden. Letztendlich bekam man das Problem in den Griff. Für die Mieter war die Wasserfrage damit aber noch nicht gelöst: An manchen Tagen tröpfelte das Trinkwasser nur dürrtig aus den Hähnen. Erst, nachdem die Stadt einen neuen, größeren Wasserhochbehälter auf dem Marienberg errichtet hatte, war eine stabile Trinkwasserversorgung gesichert.

In welchem Jahr wurde der Hochbehälter 3 in Betrieb genommen?

- 1885
- 1930 oder
- 1967?

Das „Buchhochhaus“ (Abb. 3) ist auch schon in die Jahre gekommen, aber immer noch schick. Es wirkt als markanter Punkt am Kreuz Willi-Sänger-/Fontane- und August-Bebel-Straße. Wie müsste die Postanschrift lauten?

- Willi-Sänger-Str. 67 + 68
- Kreyssigstraße 67 + 68 oder
- Venise-Gosnat-Str. 67 + 68

Wir wünschen unseren Rätselfüchsen viel Glück; sie können sich wieder auf Cityschecks freuen. Einsendeschluss ist der 31.07.2017. Ab dem 01.09.2017 steht die Auflösung auf unserer Website. Die Gewinner werden in der nächsten Ausgabe bekannt gegeben.

Fotos und Text: Werner Müller



Auflösung des Bilderrätsels der Ausgabe 1/2017

Was kann mehr Öffentlichkeit erregen als ein Graffiti an einem Hausgiebel? Unsere Profi-Rätselfüchse kennen sich aus in der Stadt an der Havel.

Die abgebildeten Kunstwerke befinden sich an den Häusern:

- Willibald-Alexis-Straße 36 (b),
- Wilhelmsdorfer Straße 26 (e),
- Dreifertstraße 15 (g) und
- Blumenstraße 9 (c).

Wir gratulieren Cornelia Görsch, Monika Schulze und Klaus Brandt (alle Brandenburg an der Havel) zum Gewinn je eines City-Schecks.

Was? Wann? Wo?

27.07.2017 – 16.00 Uhr	Lesung zum 84. Jahrestag der Bücherverbrennung Fouqué-Bibliothek, Altstädtischer Markt 8
29.07.2017	Eröffnung der Wahlfabrik in Potsdam Geschäftsstelle DIE LINKE, Zeppelinstr.7
16.08.2017 – 09.30 Uhr	Bürgerfrühstück Bürgerhaus Hohenstücken, Walter-Ausländer-Straße 1
19.08.2017	Höfefest in der Altstadt
30.08.2017 – 18.00 Uhr	Vorstandssitzung
01.09.2017 – vormittags	Veranstaltung zum Weltfriedenstag, Neustadt Markt
– 17.00 Uhr	Wahlkampfparty DIE LINKE Waldcafé Görden, A.-Saefkow-Allee 2A
06.09.2017 – 18.00 Uhr	Diskussionsrunde mit den Direktkandidat*innen zur BT-Wahl, BBAG Gotthardtkirchplatz 10
07.09.2017 – 19.00 Uhr	Filmabend „Die 5. Gewalt“ HdO, Magdeburger Straße 15
10.09.2017 – 17.00 Uhr	Podiumsgespräch mit Katja Kipping und Anke Domscheit-Berg zum bedingungslosen Grundeinkommen Light House, Bahnhofspassage 4
13.09.2017 – 10.00 Uhr	Geschäftsführender Vorstand
– 18.00 Uhr	Diskussionsrunde des DGB mit den Direktkandidat*innen zur BT-Wahl, Rathaus, Altstädtischer Markt 10
20.09.2017 – 09.30 Uhr	Bürgerfrühstück
– 18.00 Uhr	Vorstandssitzung
11.10.2017 – 10.00 Uhr	Geschäftsführender Vorstand
18.10.2017 – 09.30 Uhr	Bürgerfrühstück
– 18.00 Uhr	Vorstandssitzung
08.11.2017 – 10.00 Uhr	Geschäftsführender Vorstand
15.11.2017 – 09.30 Uhr	Bürgerfrühstück
– 18.00 Uhr	Vorstandssitzung
25.11.2017 – 9.30 Uhr	Gesamtmitgliederversammlung TGZ, Friedrich-Franz-Straße 19

Alle Veranstaltungen ohne Ortsangabe finden in der Geschäftsstelle der LINKEN, Kirchhofstr. 1-2, statt.

Weitere Termine in Brandenburg an der Havel zur Bundestagswahl stehen unter www.dielinke-stadt-brb.de, Stichwort „Wahlen“.

Weitere Termine in Potsdam zur Bundestagswahl stehen unter www.dielinke-potsdam.de/btw_2017, Stichwort „Veranstaltungen“.

Änderungen und Ergänzungen vorbehalten, beachten Sie auch aktuelle Pressemitteilungen.

Impressum HAVELbrandung

Die linke Zeitung für Brandenburg an der Havel, Ausgabe 02/2017, Herausgeber: DIE LINKE. Brandenburg an der Havel, Kirchhofstr. 1 - 2, 14776 Brandenburg an der Havel, V.i.s.d.P.: Lutz Krakau.

Die Veröffentlichungen müssen nicht mit der Meinung und dem Stil des Herausgebers bzw. der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich das Recht zur auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bilder übernimmt die Redaktion keine Haftung.

Druck: LR Medienverlag und Druckerei GmbH, Straße der Jugend 54, 03050 Cottbus, Auflage: 15.000 Stück, Layout: CWG Görlach, Redaktionsleitung: Dr. Uta Sändig, Daniel Herzog (beide Text), Werner Müller (Bild und Koordination), Redaktion: Jule Moosdorf, Robert Kleiber, Lutz Krakau, Andreas Kutsche, Wilfried Weise und Petra Zimmermann, Foto: DIE LINKE(1, 2), Grafik: DIE LINKE(2), privat(6), Karikatur: schwarwel(6)

Öffnungszeiten Geschäftsstelle DIE LINKE:

Kirchhofstr.1 - 2, 14776 Brandenburg an der Havel

• Montag bis Donnerstag 09:00 bis 17:00 Uhr

• Freitag 09:00 bis 13:00 Uhr

Telefon: 03381 / 22 47 33

Fax: 03381 / 22 99 61

Website: www.dielinke-stadt-brb.de